



Landrat: Wir brauchen Wohnungen für Geflüchtete

NRWZ-Redaktion



Müssen im Spätherbst Flüchtlinge aus der Ukraine und der übrigen Welt in Sport- und Festhallen im Kreis Rottweil untergebracht werden? Landrat Wolf-Rüdiger Michel möchte das nicht, wollte es beim Pressegespräch am Mittwoch aber auch nicht ausschließen.

„Die Lage spitzt sich auf dramatische Art und Weise zu“, berichtet er. 2700 Geflüchtete seien derzeit im Kreis untergebracht. Und ständig kämen neue dazu – nicht nur die vom Land zugewiesenen, sondern auch

Menschen aus der Ukraine, die aus eigenem Antrieb in den Kreis kämen. „Und die Menschen, die 2015 gekommen sind, sind immer noch da.“

Landkreis: 159 freie Plätze

Sozialdezernentin Angela Jetter ergänzte, dass allein im August 150 Personen angekommen seien, im September rechne sie mit ähnlich viele, und später im Herbst mit eher mehr. Im Kreis gebe es 970 verfügbare Plätze in 35 angemieteten Gebäuden und Wohnungen, davon seien 811 belegt, also noch 159 frei. „Ende September ist also die Kapazitätsgrenze erreicht“, berichtete sie.

Zunächst wird an Container gedacht. Die sind inzwischen knapp, die Preise dafür steigen. Aber bevor dann die Hallen belegt werden, die ja auch für Schul- und Vereinssport gebraucht werden, wollen Michel und auch die Stadt- und Gemeindeoberhäupter leerstehende Wohnungen anmieten. Daher appellieren er und die Kommunen an die Bevölkerung, leerstehende Wohnungen und Geschäftsräume an Landkreis oder Städte zu vermieten. „Wer im Haus noch eine Einliegerwohnung hat, die zurzeit nicht belegt ist, soll wissen: Jetzt ist der Zeitpunkt, wo sie gebraucht wird!“, appellierte Schrambergs Oberbürgermeisterin Dorothee Eisenlohr. Und auch Räume, die sich entsprechend herrichten lassen, würden benötigt: „Wir schauen uns alles an und geben ein Feedback, ob wir es brauchen können“, sagte sie.

Spital wird weiter hergerichtet

Auch in Rottweil werden Wohnungen gebraucht. Aber derzeit wird der zweite Teil des alten Spitals („St. Anna“) für die Flüchtlinge hergerichtet, berichtete Bürgermeister Dr. Christian Ruf. Hier wird Platz für etwa 100 Flüchtlinge geschaffen. Die Stadt will dafür 250.000 Euro ausgeben. „Ich gehe davon aus, dass wir das vom Land wieder bekommen“, meinte Ruf.

Eine halbe Million Euro müsste die Gemeinde Dunningen beispielsweise für Container ausgeben, berichtete deren Bürgermeister Peter Schumacher. Dieses Geld fehle dann wieder für die anderen Aufgaben der Gemeinde.

Vorwürfe gegen Bund und Land

Landrat Michel beklagte, dass seit der Umstellung der Hilfen für Ukrainer auf Sozialhilfe viel mehr Flüchtlinge von dort kommen – auch solche, die in anderen westeuropäischen Ländern bereits aufgenommen worden seien. Er bezweifelte, dass diese Umstellung, die den Betroffenen mehr Hilfe bringt, wirklich eine gute Idee war. Er und seine Kollegen und -innen vom Landkreistag fühlen sich jedenfalls von Berlin und Stuttgart im Stich gelassen.

„Irgendwann reden wir auch von Beschlagnahmungen, das wollen wir verhindern“, sagte er auf Nachfrage.

